

Deutscher Bundestag  
Ausschuss für Inneres und Heimat  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Deutscher Bundestag  
Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschussdrucksache  
**20(4)333 I**

Gelnhausen, 13.11.2023

Stellungnahme für die öffentliche Anhörung des Ausschusses für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages am Montag, 13.11.2023 zum Bundesvertriebenengesetz (BVFG)

Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG)**

#### 1. Einleitung

Als langjährige Vertreterin der deutschen Minderheit in Russland in einer Führungsposition als erste stellvertretende Vorsitzende des Internationalen Verbandes der deutschen Kultur - Dachverbandes der Russlanddeutschen (bis März 2022) möchte ich auf das Förderprogramm der Bundesregierung zugunsten der deutschen Minderheit in Russland aufmerksam machen, welches mit großer Dankbarkeit und Enthusiasmus in Russland umgesetzt wurde. Aus praktischer Erfahrung und aufgrund der sozio-kulturellen Umfragen stellen wir fest, dass die Deutschen in Russland in den letzten 20 Jahren ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl, sowie Verbesserung der Sprachkenntnisse und offenen Umgang

mit der Geschichte und Kultur der deutschen Vorfahren, die zum größten Teil zu der Erlebnisgeneration gehören, zeigen. In der Projektförderung der Deutschen in Russland über ihre gesellschaftliche Selbstorganisationen widerspiegelte sich das Wachstum der deutschen Identität anhand der Familienforschung, Sprachcamps, Generationentreffen. Mehrere Familien haben inzwischen einen Antrag auf Aufnahme als Spätaussiedler gestellt. Durch das verschärfte Aufnahmeverfahren seitens des Bundesverwaltungsamtes und aktuell geringe Möglichkeiten in Russland die Sprachkenntnisse zu bestätigen (Wegfall einiger Prüfstellen in den Regionen), leiden die Familien und bitten in zahlreichen Briefen um Unterstützung zur Lösung dieser Problematik.

Mit dieser Ausführung möchte ich einen Vorschlag machen, die von den Russlanddeutschen Selbstorganisationen erteilte Sprachzertifikate mit nachgewiesenen Sprachkenntnissen, sowie Bestätigungen der Beteiligung der Russlanddeutschen Familien an dem gesellschaftlich-kulturellen Leben der deutschen Minderheit in Russland bei dem Prozedere des Bekenntnisses zu deutscher Volkszugehörigkeit anzuerkennen.

## 2. Gegenbekenntnis §6

Das Kriegsfolgeschicksaal hat dazu geführt, dass viele Russlanddeutsche durch die erheblichen Nachteile in der Nachkriegszeit die offene Eintragung der deutschen Nationalität vermieden haben und die Standesamt Behörden die Nationalitäten öfters automatisch „russisch“ eingetragen haben. Diese Eintragung änderte nichts an dem inneren Bekenntnis der betroffenen Personen.

Die neue Regelung im Aufnahmeverfahren des §6 mit den Erleichterungen zum Bekenntnis zu der deutschen Volkszugehörigkeit ist zu begrüßen. Gleichzeitig ruft die neue Formulierung weitere Unstimmigkeiten und Hürden für die betroffenen Antragsteller hervor. Dies erfolgt durch die sehr schnelle Verschlechterung der Lebensrealitäten der deutschen Familien in Russland: das öffentliche Bekenntnis zur deutschen Volkszugehörigkeit, sowie Bemühungen die Nationalitätenänderung durch das Standesamt, bzw. Gericht durchzuführen, kann durch die jüngsten Initiativen im Land die Ausreise aus Russland öffentlich zu artikulieren als strafbar und extremistisch eingestuft werden und für die betroffenen Familien gefährlich werden.

Es bedarf einer zusätzlichen Präzisierung der Formulierung zu „ernsthaften Bemühungen“ die auf verschiedene Weise interpretiert werden kann.

### 3. Wohnsitzänderung §4

Diese Regelung ist brennend notwendig und wir bedanken uns für die Ausführung dieses Vorschlages. Viele Familien aus Russland und aus der Ukraine befinden sich in den Nachbarstaaten und in Deutschland. Bei einigen Familien aus Russland ist dadurch das Aufnahmeverfahren gescheitert und Ablehnungen auf Aufnahme als Spätaussiedler erteilt. In solchen Fällen soll der Aufnahmeanspruch bestehen bleiben. Mit dieser Änderung wird den betroffenen Personen nicht nur das Recht gegeben, das Aufnahmeverfahren fortzusetzen, sondern auch ein klares Zeichen des Willens der Bundesregierung in der schwierigen Situation zu helfen.

### 4. Praktische Beispiele zu konkreten Fällen können Sie aus der Moskauer deutschen Zeitung entnehmen, die die Familien in Ihrem Erkämpfen des Rechtes auf Aufnahme als Spätaussiedler begleitet:

<https://bibliothek.rusdeutsch.ru/catalog/337>

Nicht deutsch genug

<https://mdz-moskau.eu/spaetaussiedler-verfahren-nicht-deutsch-genug/>

<https://mdz-moskau.eu/spaetaussiedler-verfahren-neue-huerden/>

Zu Nationalitäteneintragung

<https://mdz-moskau.eu/selbst-schuld-worin-die-bundesregierung-irrt/>

Zu ersten Lesung im Bundestag

<https://mdz-moskau.eu/achtung-das-tor-schliesst-sich/>

Fünf Gerichtsprozesse

<https://mdz-moskau.eu/hundertmal-abwaegen-kann-man-deutscher-werden-per-gerichtsbeschluss/>

Mit freundlichen Grüßen,

Olga Martens